



Rede

**Rohstoffsicherheit –
Wirtschaftliche und politische Herausforderungen aus
Sicht der Industrie**

Konferenz „Risiko Rohstoffversorgung – Strategien und
Handlungsoptionen“
05. Februar 2010
Haus der Bayerischen Wirtschaft, München

Herr Ulrich Grillo
Vorsitzender des Vorstands der Grillo-Werke AG
Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle
Vorsitzender des BDI-Ausschusses Rohstoffpolitik

Redezeit: ca. 25 Min.
Es gilt das gesprochene Wort.
(weitere Anmerkungen Details)

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1432
F: 030 2028-2432

Internet
www.bdi.eu

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seite
2 von 24

„Schlimmer als beim Öl“ titelte die Wirtschaftswoche in ihrer Ausgabe vom 1. Februar des Jahres ein Interview mit Wolfgang Ischinger, dem Chef der Sicherheitskonferenz.

Die bayerischen Veranstalter und der BDI haben mit der heutigen Veranstaltung zum Thema „Risiko Rohstoffversorgung – Strategien und Handlungsoptionen“ damit ein hochaktuelles Thema aufgegriffen. Vielen Dank dafür an dieser Stelle.

Als wir vor ca. sechs Jahren in der Wirtschaftsvereinigung Metalle, deren Präsident ich bin, deutliche Signale der Rohstoffverknappung artikulierten, haben viele der heute aktiven politischen Mitstreiter dies für eine Detailfrage der Branche gehalten, dazu wahrscheinlich nur mit temporärer Wirkung.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass man mit dieser Einschätzung deutlich zu kurz gesprungen ist.

Der BDI hat sich dieses Themas mit hoher industrieller Bedeutung angenommen und es vorangetrieben. Nach einer Präsidialgruppe „Internationaler Rohstofffragen“ wurde konsequenterweise in 2007 der BDI-Rohstoffausschuss eingerichtet. Bereits 2007 haben wir in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Merkel im Haus der Deutschen Wirtschaft einen Kongress zur Rohstoff- und Energiesicherheit Deutschlands durchgeführt.

Von der Dynamik der Entwicklung und der Bedeutung einer strategischen Rohstoffpolitik hatten wir damals eine recht klare Vorstellung. Die jetzige Dimension ist jedoch noch gewaltiger. Das zeigen Analysen und Reaktionen.

So titelte der SPIEGEL bereits 2006 in der Hochphase erster Rohstoffpreisexplosionen eine Ausgabe mit:

„Der neue kalte Krieg – Kampf um die Rohstoffe“.

Meine Damen und Herren, wer bei dem komplexen Thema der Rohstoffsicherung einsteigt, der durchläuft nicht nur einen Kursus in Materialkunde, sondern lernt zudem schnell, viele Einzelaktionen zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Man kann es auch eine „notwendige ganzheitliche Betrachtung“ nennen.

Das Ergebnis ist für das Industrieland Deutschland mit seiner Exportstärke in keiner Weise beruhigend. Wir stellen fest, dass wir zwar in einer wissensbasierten, technologisch hoch industrialisierten Gesellschaft leben, aber unser Wohlstand und die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit massiv von Rohstoffen abhängen.

Dies ist eine Erkenntnis, die wir noch weiter ins Scheinwerferlicht rücken müssen.

Meine Botschaft dazu lautet:

„Ohne Rohstoffe:

⇒ keine Infrastruktur,

⇒ keine Innovation,

⇒ keine Industrie.“

Das klingt wie selbstverständlich. Nur: Wir haben es als Verbraucher, aber teilweise auch als Unternehmer und Politiker nicht ausreichend im Blick und wir artikulieren es teilweise zu defensiv.

Wir leben in einer Technologie- und Mediengesellschaft, in der der Umgang mit Handys, Laptops, iPhones, iPads und was nicht alles auf den Markt drängt, fast schon Routine für uns ist, zumindest soweit wir die Technik beherrschen.

So besitzen in Deutschland Anfang **2010** schon 82 Millionen Menschen rund 100 Millionen Mobilfunkanschlüsse. Der Trend zum Zweit- und Dritthandy ist also längst Realität.

1997 wurden jährlich weltweit 100 Millionen Mobiltelefone verkauft, **2009** waren es bereits über eine Milliarde pro Jahr. Dafür braucht man zum Beispiel 15.000 Tonnen Kupfer, 3.000 Tonnen Aluminium und Eisen und 2.000 Tonnen Nickel. Die Akkus für diese Handys benötigen Kobalt in einer Größenordnung von 15 % der Weltproduktion.

Allein aus diesen Beispielen wird deutlich, mit welchem Tempo sich die Welt verändert und wie selbstverständlich wir diese Produkte, wo auch immer sie produziert werden, erwerben.

Aus Sicht des Industriestandortes Deutschland oder auch aus dem europäischen Blickwinkel gilt es jedoch darauf zu achten, dass wir in der industriellen Produktion von Technologie für heute und morgen produktions- und zukunftsfähig bleiben. Das geht nur mit gesichertem Rohstoffbezug - zu international wettbewerbsfähigen Preisen. So ist es ja schön, in Deutschland einen „Leitmarkt für Elektromobilität“ entwickeln zu wollen. Dafür brauchen wir jedoch eindeutig ausreichend bezahlbare und verfügbare Energie und vor allem die notwendigen Rohstoffe, wie zum Beispiel Metalle.

Beides ist jedoch nicht unbedingt in beliebiger Menge und zu international wettbewerbsfähigen Einkaufspreisen so gegeben. Es ist daher sinnvoll, für die einzelnen Produkte und Entwicklungen der Zukunft die notwendigen Produktionsfaktoren, das heißt konkret Material und Rohstoffbestandteile, sowie deren Verfügbarkeit zu untersuchen.

Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und andere Institutionen haben dies professionell getan und kommen zu dem klaren Ergebnis, dass es eine hohe Konzentration sowohl auf der Angebotsseite (das heißt den Förderländern) als auch bei den Produzenten (zum Beispiel den Minen) gibt.

In unserem Blick sollte weniger die marktgetriebene Preisentwicklung sein. Ihr Handling ist Sache von uns Unternehmen – wenn der Markt funktioniert. Unser Thema ist vielmehr die langfristige Verfügbarkeit.

Als wir 2004 wegen des Kupferschrottengpasses die Frage der Handelsverzerrungen seitens China, aber auch seitens Russland und der Ukraine in die politische Diskussion einbrachten, war es schwieriger, als wir zunächst dachten, die nötige Aufmerksamkeit zu erlangen.

Neben der Unterschätzung der Dimension dieses Problems der Rohstoffverfügbarkeit ging es natürlich auch um den für deutsche Unternehmen interessanten Zukunftsmarkt China, den man weder aus Sicht der Industrie noch aus Sicht der Politik mit so schwierigen Diskussionen „belasten“ wollte.

Parallel dazu haben wir mit deutscher Gründlichkeit die Rückwärtsintegration, sprich die Exploration eigener heimischer Rohstoffe, oder die Beteiligung an Minen diskutiert. Das hat uns leider viel Zeit gekostet, obwohl die Ergebnisse auf der Hand liegen.

Wir haben bekanntermaßen kaum nationale Vorkommen an NE-Metallen, die Investitionen in Exploration sinnvoll erscheinen lassen.

Das mit einer Fremdbeteiligung an internationalen Minen verbundene Investitionsvolumen, ist für Mittelständler, aber auch größere deutsche Unternehmen finanziell nicht darstellbar und daher ebenfalls keine realistische Antwort zur Lösung unserer Rohstoffprobleme.

Wir haben nun mal eine arbeitsteilige Weltwirtschaft. Dies ist grundsätzlich auch gut und sinnvoll – solange diese Arbeitsteilung funktioniert.

Dies haben wir in der für das rohstoffarme Deutschland wichtigen Recyclingindustrie schon sehr schmerzhaft realisiert.

Denn China hat schon 2006 wie mit einem Staubsauger mit höheren Preisen und Rückvergütungen von Steuern für einheimische Unternehmen die Schrottmärkte in Europa und den USA leer gekauft.

Der nächste, strategisch geplante Schritt Chinas ist bekanntlich die Beteiligung an Lagerstätten und Minen, inzwischen auch an Weiterverarbeitungsunternehmen weltweit. Nach Schätzungen sind in diesem Rahmen bereits rund 50 Mrd. Dollar geflossen, schwerpunktmäßig nach Afrika.

Wenn wir die Lagerstätten in Afrika oder zum Teil auch in Südamerika betrachten, müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, dass viele Rohstoffländer auch so genannte „Risikoländer“ sind.

China engagiert sich intensiv im Kongo und in anderen afrikanischen Staaten, aber auch in Bolivien, dem es im Gegenzug zum Zugang zu dem mit – geschätzt - 5 Mio. Tonnen weltgrößten Lithium-Vorkommen Kredite für Rüstungsgüter und Schiffe anbietet.

Wenn China dort erfolgreich ist, würde es rund 90 % der weltweiten Lithium-Vorräte kontrollieren – und damit den Schlüssel zur Elektromobilität in der Hand halten.

Zur weiteren geostrategischen Vorgehensweise Chinas gehört die Beteiligung an kleineren Bergbaugesellschaften in Kanada und Südamerika.

Neben dieser Sicherung der Quellen gibt es insbesondere eine Fülle von nachgewiesenen Handelsverzerrungen. So registriert die Europäische Kommission inzwischen rund 300 Exportzölle auf Rohstoffe und auf Halbzeuge aus China. Betroffen sind wichtige Rohstoffe, die wir für Zukunftstechnologien brauchen.

Denn mit der Entwicklung wichtiger Zukunftstechnologien wird der Bedarf bei verschiedenen Rohstoffen stark steigen.

Dies zeigt eine Studie des Fraunhofer-Instituts: Bei dem Seltenerdmetall Neodym wird damit gerechnet, dass der Bedarf an dem Metall allein für Zukunftstechnologien wie Permanentmagnete für Hybrid- und Elektroautos im Jahr 2030 bei fast dem Vierfachen der Weltproduktion des Jahres 2006 liegen wird. Die Förderung des Metalls konzentriert sich übrigens zu 97 % auf China.

Bei Gallium – einem Metall, das unter anderem in der Dünnschicht-Photovoltaik zur Anwendung kommt – wird der Bedarf für das Jahr 2030 sogar auf das Sechsfache der Produktion des Jahres 2006 geschätzt.

Meine Damen und Herren,
wenn wir die Erkenntnis haben, dass Rohstoffe unsere Zukunfts- und Technologiefähigkeit bedeuten, sie der Treibstoff für unsere zukünftige Wettbewerbsfähig-

keit sind, dann müssen wir konkreter und schneller werden in unseren Strategien und in unserem Handeln.

Ich bin froh darüber, dass die Bundesregierung Ende 2007 in einem ersten Schritt den so genannten „Interministeriellen Ausschuss“, den IMA, konstituiert hat. Er koordiniert die vielfältigen Aspekte der Rohstoffpolitik, von denen viele Ministerien betroffen sind. So ist Rohstoffpolitik eben nicht nur im Wirtschaftsministerium anzusiedeln. Sie tangiert auch Forschungs-, Umwelt-, Außen- und Entwicklungspolitik.

Ja, sie tangiert sogar, wie Wolfgang Ischinger richtig feststellt, den Bundessicherheitsrat.

Der IMA kann jedoch nur ein erster kleiner Schritt sein. Wir brauchen viel mehr: eine umfassende strategische Rohstoffpolitik, national und europäisch.

So bin ich auch froh, dass Günter Verheugen, der scheidende EU-Industriekommissar, eine europäische Rohstoffstrategie angestoßen hat, die jetzt konkretisiert wird.

Das alles unterstreicht, dass wir eben nicht stehen bleiben und sagen: „Wir haben die Moral und die Chinesen die Rohstoffe“, sondern dass wir die Herausforderung annehmen.

Dabei stehen wir natürlich zu unseren Werten wie Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und Fairness im internationalen Handel, auch gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern.

Es besteht ausdrücklich nicht die Absicht, strategische Rohstofflager wie in China oder auch in Japan anzulegen oder als Exporteuropameister zu nationalem Protektionismus überzugehen.

Wir werden aber auch nicht „in ordnungspolitischer Schönheit sterben“, sondern internationale Wettbewerbsfähigkeit und Fairplay einfordern: „Wer Mitglied der WTO sein will, muss sich an die Regeln halten.“

Ich weiß, dass Erfolge in Antidumping-Verfahren schnell verfliegen, weil sehr kurzfristig wieder neue Handelsbeschränkungen geschaffen werden. Wir dürfen jedoch nicht nachlassen, dagegen vorzugehen.

Handelsverzerrungen müssen immer wieder bei jedem politischen Gespräch, bilateral und auf der Weltbühne, auf die Tagesordnung.

Meines Erachtens müssen wir auch stärker für einen Interessenausgleich sorgen und ihn betonen. Länder wie China, Indien, Russland wollen auch ihre Produkte auf unsere Märkte bringen.

Es gibt also gegenseitige Abhängigkeiten und nicht nur einseitige Lieferwege. Wir müssen uns nicht verstecken.

Als Industrie können wir doch verhandeln, unsere Interessen verfolgen. Dann bitte auch hier, d. h. beim Thema Rohstoffe, gemeinsam mit der Politik.

Im Rahmen der Wirtschaftskrise ist viel über die Rolle des Staates diskutiert worden. Ja, er hat zu Recht lenkend eingegriffen und die notwendige Stabilisierung von Banken und Wirtschaftsgefüge mitgestaltet.

Daraus entsteht jedoch nicht die Rolle des Staates als besserer Unternehmer. Nach wie vor sind wir der Überzeugung, dass es primär Aufgabe der Industrie ist, die für die Produktion notwendigen Rohstoffe zu beschaffen.

Hierbei können Instrumente wie

- Preissicherung über Hedging,
- Langfristverträge,
- Forschung und Entwicklung,
- Allianzbildung und auch
- internationales Handeln

sehr wohl auch für Mittelständler praktikierbare Lösungen sein.

Darüber hinaus trägt Ressourceneffizienz mit zu einer besseren Rohstoffverfügbarkeit bei. Hier liegt wie bei der Energieeffizienz ein zum Teil noch unterschätztes Potenzial.

Und: Klimaschutz ohne NE-Metalle, die häufig unsichtbaren Klimaschützer, ist nicht möglich.

Der Gegensatz von „green technology“ und so genannter „old economy“ ist in der Realität abwegig. Wir müssen ihn auflösen, verbal, politisch und faktisch.

Es gilt, die Kurzfristigkeit und Ideologienähe politischen Handelns aber auch das „greenwashing“ der Industrie zu beenden.

Meine Damen und Herren, wichtig ist, dass wir als Unternehmen die immense Herausforderung der Beschaffung von Rohstoffen zu international wettbewerbsfähigen Konditionen klar im Auge haben und strategisch sowie operativ darauf ausgerichtet handeln.

Es geht um nicht mehr oder weniger als um die Absicherung unserer Zukunfts- und Technologiefähigkeit. Das ist unsere Aufgabe als Industrie.

Daneben gibt es jedoch Rahmenbedingungen, die wie dargestellt politisch verursacht sind und auch nur politisch beantwortet werden können. Dies ist Aufgabe des Staates. Hier sind die Bundesrepublik Deutschland und die

Europäische Kommission sowie auch die Weltgemeinschaft gefordert.

Globalisierung muss nicht nur wirtschaftlich funktionieren, sondern auch stärker politisch. Die Ergebnisse von Kopenhagen und Davos sind dafür nicht gerade ermutigend. Politische Globalisierung muss, wie die Bundeskanzlerin sagt, stärker geübt werden, ohne nationales Handeln zu vernachlässigen.

Ich weiß, dass die Rohstoffsicherung eine Aufgabe ist, die langen Atem erfordert. Wir dürfen aber im Interesse des Industrielandes Deutschland nicht nachlassen, dieses essentielle Thema noch mit einer viel höheren Priorität zu betreiben, zu verfolgen. Nur dann kommen wir zu einer nachhaltigen Sicherung der Rohstoffe für Deutschland.

Die deutsche Industrie braucht Rohstoffe als Treibstoff für ihre Produktion und für

ihre Exporte. Deutschland ist zum Glück, wie wir in der Wirtschaftskrise gesehen haben, noch ein Industrieland. Das soll im Interesse unseres Landes so bleiben.

Denn Industrie erzeugt Wachstum, Wohlstand und schafft sozialen Frieden. Dies gilt es zu kommunizieren und zu sichern.

Komplexe Themen wie die Sicherung der Rohstoffversorgung müssen wir dabei verantwortlich im Miteinander von Politik und Unternehmen positiv bewegen.

Meine Damen und Herren,
die besten Antworten auf Herausforderungen sind Lösungen – oder, mit Jean Anouilh gesagt:

„Die Dinge sind nie so, wie sie sind, sie sind immer das, was man aus ihnen macht.“

Lassen Sie uns auch mit dieser Veranstaltung dazu beitragen, die Herausforderungen einer sicheren und international fairen Rohstoffversorgung anzunehmen und über das Operative hinaus im Schulterschluss mit der Politik auch geostrategische Antworten darauf finden.

Es ist dabei unsere Aufgabe und Verantwortung, jetzt unsere Unternehmen und die Politik auf die Folgen von Rohstoffknappheit aufmerksam zu machen und auf Handeln einzustimmen. Das strategische Handeln Chinas und weiterer Staaten sollte Weckruf genug für uns sein.

Es geht dabei eben nicht nur um Öl und Gas, sondern auch um nicht energetische Rohstoffe wie zum Beispiel Metalle.

Es geht dabei unter dem Strich in einer Welt im Wettlauf und Wettbewerb um nichts anderes als um unsere Technologieführerschaft und Zukunftsfähigkeit.

Wir brauchen eine kontinuierliche ganzheitliche Rohstoff- und Ressourcenpolitik und kein kurzfristiges Jagten von politischen Trendthemen mit Eindimensionalität.

Der freie internationale Markt ist das Zauberwort. Wir brauchen eine leistungsfähige Industrie in Deutschland und dafür brauchen wir funktionsfähige Märkte ohne Exportzölle.

Neben der ökologischen Verpflichtung, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, gilt es auch, unseren Kindern eine ökonomische Zukunft zu sichern. Dem fühle ich mich als mittelständischer Familienunternehmer verpflichtet und mit mir viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der deutschen Industrie.

Lassen Sie uns gemeinsam dazu beitragen, in diesem Sinne Industriepolitik neu zu formulieren und damit auch für die Rohstoffsicherung und Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland zu sorgen.

Vielen Dank.